

Außenhandel Entwicklung 2011 und Perspektive 2012

Die deutsche Wirtschaft konnte im vergangenen Jahr einen neuen Ausfuhrrekord verbuchen. Gleichzeitig stecken viele unserer Handelspartner in der Europäischen Union in der Rezession. Die Dynamik der wirtschaftlichen Erholung verliert an Fahrt. Bereits im ersten Quartal 2012 kam es zu deutlichen Exportausfällen in die Krisenländer, während die Ausfuhren in den außereuropäischen Raum zulegen. Die Branchen der Metall- und Elektroindustrie profitieren davon unterschiedlich. Durch das teilweise falsche und zögerliche Agieren bei der europäischen Krisenbekämpfung besteht die Gefahr, dass die Rezession auf andere Länder übergreift.

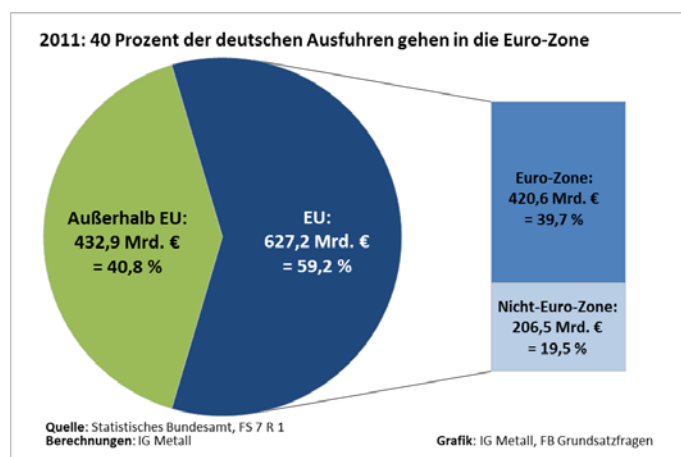
Gesamtwirtschaft:

2011: Neuer Rekord bei den Ausfuhren Außenhandelsüberschuss geringer als 2007

2011 führten deutsche Unternehmen Waren im Wert von über einer Billion Euro (1.060.041.598 €) aus. Damit legten die deutschen Exporte gegenüber 2010 um 11,4 Prozent zu und erreichten einen neuen Spitzenwert. Gleichzeitig wurde das bislang höchste Vorkrisenniveau (2008: über 984 Milliarden Euro) deutlich überschritten.

Beim Ausfuhrüberschuss, also mehr Ex- als Importe, sieht es etwas anders aus. Seit dem vorläufigen Höhepunkt 2007 mit über 195 Milliarden Euro ging der Überschuss 2009 krisenbedingt auf knapp 139 Milliarden Euro zurück. Seitdem legt er wieder zu. 2011 war er mit 158 Milliarden Euro um ca. 37 Mrd. Euro oder 19 Prozent deutlich niedriger als der letzte Rekordwert aus dem Jahr 2007. Der Grund dafür war, dass die Importwerte seit dem Höhepunkt der Krise stärker als die Exportwerte gestiegen sind. Dazu trugen neben dem im Vergleich zum Ausland stärker anziehenden privaten Konsum auch wesentlich die steigenden Energie- und Rohstoffpreise bei. Sie wirkten preistreibend und erhöhten so den Wert der deutschen Einfuhren.

Seit 60 Jahren ist das Mehr an Exporten eine wichtige Stütze des Wirtschaftswachstums in Deutschland. Der nun sinkende Überschuss begünstigt allerdings eine stabilere weltwirtschaftliche Entwicklung. So führte die Entwicklung im vergangenen Jahr dazu, dass die massiven Handelsbilanzungleichgewichte etwas reduziert wurden. Die Euro-Krisenländer (Griechenland, Italien, Irland, Portugal und Spanien) beziehen zunehmend weniger Leistungen aus dem Ausland und bremsen auf diese Weise ihre Auslandsverschuldung. Deutschland exportiert immer weniger Kapital in Form von Beteiligungen und Krediten. Somit sinkt die Gefahr, dass durch Krisen und Forderungsausfälle bedrohliche globale Kettenreaktionen ausgelöst werden können.



Wie von vielen Seiten gefordert, sind durch die Anpassungsmaßnahmen die Lohnstückkosten in den meisten Eurokrisenländern gesunken. Dies ging allerdings auf Kosten der Binnennachfrage und verschärfte die Rezession. Mit der Binnennachfrage sanken auch die Importe der Eurokrisenländer und damit deren Handelsdefizite.

Sehr deutlich sieht man das auch an der Entwicklung der Ausfuhren Deutschlands in die Euro- und Nicht-Eurozone. Die Anteile der Ausfuhren in die Eurozone und in die europäische Nicht-Eurozone an den gesamten Ausfuhren gehen seit Jahren zurück. So sind die Anteile der deutschen Ausfuhren in die Eurozone von 43 Prozent (2009) auf unter 40 Prozent (2011) gesunken.

Insgesamt fiel **das erste Quartal 2012** besser aus als erwartet. In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres legte das Volumen aller deutschen Ausfuhren noch um 5,8 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zu. Allerdings werden die Zuwächse deutscher Exporte kleiner. Nichtsdestotrotz wurde im ersten Vierteljahr 2012 ein Ausfuhrüberschuss, also mehr Ex- als Importe, von über 45 Milliarden Euro erwirtschaftet. Die deutschen Ausfuhren in den Euroraum legten im ersten Vierteljahr 2012 noch um 0,9 Prozent zu. Das ist das Ergebnis von einerseits zunehmenden Exporten in die Niederlande (+9,6%), Frankreich (+6,7%) und nach Ös-

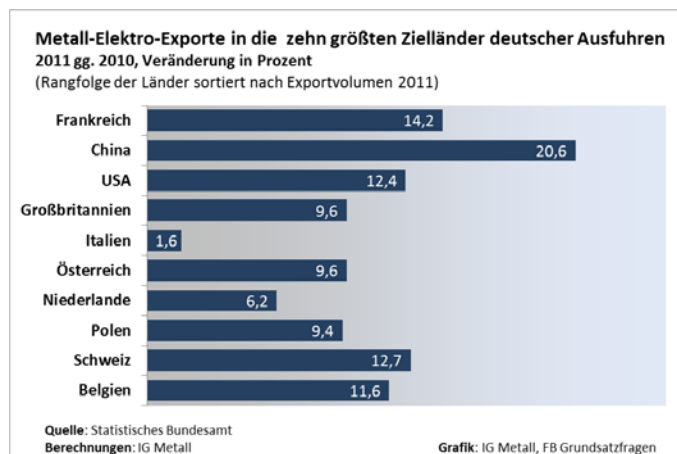
terreich (+5,5%) und andererseits rückläufigen Exporten in viele Eurokrisenstaaten: z.B. Portugal (-14%), Griechenland (-9,8%), Spanien (-7,8%), Belgien (-7,7%) und Italien (-7,6%).

Der insgesamt schwachen Ausfuhrentwicklung nach Europa, insbesondere in die Eurozone, steht eine extrem kräftige Auslandsnachfrage außerhalb Europas bzw. der EU gegenüber: So legten die Ausfuhr im ersten Vierteljahr 2012 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum in die aktuellen Wachstumsmärkte massiv zu: USA: +21,4 Prozent, Japan: 18,4 Prozent, Russland: +17,5 Prozent, Schweiz: +8,7 Prozent, Indien: +7,3 Prozent, China: +6,1 Prozent. Damit verschiebt sich das Ausfuhrvolumen von vielen europäischen Zielländern unter anderem zu den aufstrebenden Schwellenländern außerhalb Europas. Dieser Entwicklungstrend wird durch die anhaltende Abwertung des Euros unterstützt. Denn dadurch werden Produkte aus dem Euroraum billiger, sofern die Rechnung in Euro bezahlt wird und in die Lieferung z.B. in die USA geht.

Die Entwicklung **im zweiten Quartal** 2012 ist von hoher Unsicherheit geprägt. Die Entwicklungsrichtung vieler (internationaler) Frühindikatoren zeigt nach unten (Einkaufsmanager-Index, Auftragseingänge etc.). Die europäische Krise belastet zunehmend die gesamte Weltkonjunktur. Nachfrageausfälle aus Europa bremsen die Produktion in USA und Asien. Die dortigen Konsumenten und Firmen könnten in Folge darauf mit immer geringeren Bestellvolumina in Europa reagieren. Damit schließt sich ein Teufelskreis, der das Fundament der Weltkonjunktur zunehmend brüchig werden lässt.

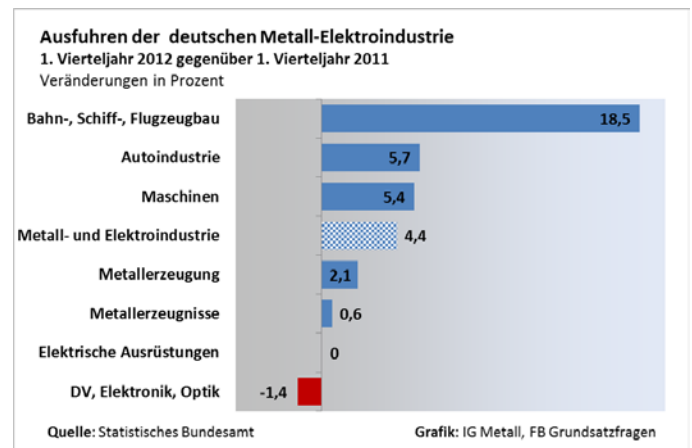
Metall- und Elektroindustrie: Branchen entwickeln sich unterschiedlich

Auch die Ausfuhr der Metall- und Elektroindustrie gehen zunehmend in den außereuropäischen Raum:



Die Ausfuhr der einzelnen Metall- und Elektrobranchen entwickelten sich unterschiedlich: Einen Rückgang gab es im Bereich „Datenverarbeitung, Elektronik und Optik“. Die Ausfuhr der „Elektrischen Ausrüstungen“ veränderten sich zum Vorjahreszeitraum nicht. Alle anderen Metall- und Elektrobranchen verzeichneten im ersten Vierteljahr noch (deutliche) Zuwächse bei den Ausfuhr. Neben dem stets stark schwankenden Bahn-, Schiff- und Flugzeugbau aufgrund temporärer Großbestellungen, waren dies die Autoindustrie, der Maschinenbau, die Metallerzeugung und die „Herstellung von Metallerzeugnissen“. Alles in allem exportierte die deutsche

Metall-Elektroindustrie im ersten Vierteljahr 2012 4,4 Prozent mehr als im selben Zeitraum 2011.



Ausblick und Einschätzung der IG Metall

Die beschriebene gesamtwirtschaftliche Unsicherheit zeichnet sich auch in den aktuellen konjunkturellen Frühindikatoren für die Metall- und Elektroindustrie ab. Sollten sich die Erwartungen in den Unternehmen zunehmend eintrüben sowie Produktions- und Investitionspläne nach unten korrigiert werden, könnte auch Deutschland in eine Rezession abgleiten.

Die momentane Unsicherheit ist eine Folge von nach wie vor ungelösten Problemen der Finanzkrise. Die hohe Instabilität des Finanzsektors und die dadurch erforderlichen Stützungsmaßnahmen treiben die Staatsdefizite in manchen Mitgliedsländern des Euroraums in die Höhe. Damit verbunden sind Sparauflagen für die Länder, die einem Defizitverfahren ausgesetzt sind, bzw. die Hilfen des europäischen Rettungsschirms in Anspruch nehmen mussten. Länder, in denen die private Konsumnachfrage und die Investitionen krisenbedingt sinken, werden durch Sparmaßnahmen der öffentlichen Haushalte weiter in die Rezession getrieben.

Perspektivisch wird auch der Fiskalpakt diese Entwicklung vorantreiben, sofern er wie geplant von den nationalen Parlamenten angenommen wird. Eine Rezessionsverschärfung kann nur verhindert werden, wenn sich durch einen begleitenden Wachstumspakt die Situation und damit die Erwartungen der Konsumenten und Investoren positiv verändern ließen.

Der beschlossene Wachstumspakt über 120 Mrd. Euro macht Hoffnung auf einen Kurswechsel. Einseitige Sparmaßnahmen zu Lasten der Konjunktur werden korrigiert. Jetzt müssen offensivere zukunftsweisende Akzente gesetzt werden. Investitionen in eine moderne, nachhaltige Industrie zeigen einen strategischen Weg aus der Krise.

Es ist zu begrüßen, dass sich die Bundesregierung nach langem Zögern jetzt auch für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer einsetzt. Die Steuer muss so ausgestaltet sein, dass spekulativer Handel unattraktiv wird. Der Finanzsektor wird an der Krisenbewältigung beteiligt. Auch hohe Einkommen und Vermögen müssen ihren Beitrag leisten. So erfährt die ungerechte und unsoziale aktuelle Krisenpolitik einen fairen Ausgleich.